

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 462

Mittwoch, 22. Juni 2010

16. Jahrgang

Politische Mitsprache und Entwicklung eines Bürgerinnensinns der Frauen in Guatemala

Der Diálogo der Lateinamerikanischen Fakultät der Sozialwissenschaften (Flacso) analysiert in ihrer Ausgabe Nummer 10 (Februar 2010) die Beteiligung der Frauen am politischen Leben Guatemalas, die Errungenschaften der Frauenbewegung und die Ungleichheit basierend auf dem Geschlecht, die in dem Land vorherrscht.

Beteiligung auf lokaler Ebene

Mit den Friedensabkommen organisierte sich das *Nationale Forum der Frau*, welches als repräsentatives Organ des Dialogs zwischen Staat und Zivilgesellschaft dient, um die Entwicklung und die soziale Beteiligung der Frauen zu unterstützen. Die Erschaffung des Forums stellte eine einmalige Erfahrung dar, an der die unterschiedlichsten Frauen, die in Guatemala leben, teilnahmen – besonders wenn man das Kriterium der Ethnizität betrachtet. So haben Maya-Frauen, MestizInnen, Garífuna- und Xinka-Frauen auf den unterschiedlichen Ebenen des Nationalen Forums (lokal, regional und national) zusammengearbeitet und verschiedenste Vorschläge hervorgebracht, um die Inhalte der Friedensabkommen Realität werden zu lassen, und zwar vor allem was die Gleichstellung von Frauen und Männern betrifft.

Die verschiedenen Frauenorganisationen haben versucht, die Eingliederung der Frauen in die Entwicklungsräte zu fördern. Diese Räte dienen dazu, die bürgerliche Mitsprache beim Erstellen des Budgets mit einzubeziehen und stellen somit eine Möglichkeit dar, eine Genderperspektive einzubringen.

Von den gesamten Friedensabkommen, welche die Regierung und die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) unterschrieben haben, besitzen drei eine Relevanz im Bezug auf das Thema Frauen und ländliche Entwicklung:

- Das Abkommen über die *Wiederansiedlung der durch den bewaffneten Konflikt vertriebenen Bevölkerungsteile* (1994) anerkennt ausdrücklich die gleichen Rechte im Prozess der Zurückgabe oder des Kaufes von Land für zurückgekehrte Männer und Frauen und berücksichtigt besonders Familien, in denen Frauen das Familienoberhaupt sind.
- Das Abkommen über die *Identität und die Rechte der Indigenen Völker* (1995) betrifft Massnahmen, die das Recht der indigenen Bevölkerung auf den Besitz von Land als Individuum, Gemeinde oder Kollektiv „anerkennen, titulieren, schützen, wiederherstellen und entschädigen“. Ebenso anerkennt das Abkommen die doppelte Diskriminierung indigener Frauen (aufgrund Gender und Ethnizität), die am erschwerten Zugang zu Land, Wohnung und Kredit zu erkennen ist.
- Das dritte Abkommen, jenes über *Sozialwirtschaftliche Aspekte und die landwirtschaftliche Situation* (1996), besagt, eine ländliche Politik zu erschaffen, welche die Gendergleichheit mit einbezieht.

Haupt Stolpersteine der Wahlbeteiligung

Trotz der Fortschritte in der Konstruktion einer Staatsbürgerschaft und der partizipatorischen Demokratie, die den Wahlprozess 2007 kennzeichnete, blieben eine Reihe von Barrieren erhalten, wie der Klientelismus und Wahlen in totaler Ungleichheit, in denen Geld der Hauptbestandteil der Politikmacherei ist.

Öffentliches Amt	Männer		Frauen	
	2003	2007	2003	2007
Kongressabgeordnete/r	144	139	14	19
Ministerien	11	12	2	1
Bürgermeister/in	321	322	9	8

Öffentliches Amt	Ladina-Frauen		indigene Frauen	
	2003	2007	2003	2007
Kongressabgeordnete/r	13	15	1	4
Ministerien	2	1	0	0
Bürgermeister/in	8	8	1	0

Für die Frauen und die indigene Bevölkerung stellt die fehlende Einwohnerregistrierung weiterhin ein Haupthindernis für die Wahlbeteiligung dar. Seit den Wahlen von 2003 signalisierte die feministische Organisation *Tierra Viva* die Notwendigkeit, eine Kampagne zu starten, um die indigenen Frauen und Bäuerinnen beim Einwohnermeldeamt einzutragen, da viele von ihnen nicht einmal im Zivilregister gemeldet sind. Das heisst, dass, technisch gesehen, diese Frauen als Bürgerinnen und Wahlberechtigte nicht existieren.

Dazu kommt das mangelnde Vertrauen in die Institutionen und die politischen Parteien, was die Menschen dazu verleitet, überhaupt nicht wählen zu gehen. Das Misstrauen ist somit ein weiteres Hindernis, um ein effektives demokratisches System zu gewährleisten. Es ist eine Folge des durch den Bürgerkrieg zerstörten sozialen Netzes, ein Zustand, der durch die Massenmedien der sozialen Kommunikation unterstützt wird.

Die nationalen Printmedien schüren dieses Misstrauen und tragen wenig dazu bei, demokratische Werte wieder herzustellen. Es ist eine logische Folge des Fehlens staatsbürgerlicher Werte.

In dem Kontext von Repression, Diktaturen und Krieg besaßen die Frauen sehr wenig Möglichkeiten, um Zugang zu Bildung zu bekommen, noch viel weniger zu einer Bürgerbildung. Deshalb besteht die aktuelle Strategie darin, Frauen dazu zu bewegen sich in Politik einzubringen.

Laut verschiedenen Theorien ist die Staatsbürgerschaft durch drei Bereiche geprägt, den zivilen, den politischen und den sozialen:

- Auf ziviler Ebene besteht die Staatsbürgerschaft im Recht auf individuelle Freiheit, Redefreiheit, Gedankenfreiheit und Handlungsfreiheit, des Rechts auf Eigentum, Vertragsfreiheit und dem Zugang zur Justiz – sie bezieht sich auf die so genannten zivilen Rechte.
- Im politischen Bereich betrifft die Staatsbürgerschaft das Recht zu wählen und gewählt zu werden.
- Auf sozialem Gebiet muss ein minimaler Lebensstandard gewährleistet sein, wirtschaftliche Gewinne und Zugang zu Arbeit und Sozialversicherung.

Quoten als Strategie der Demokratisierung

Die einzige Art und Weise, um die Ungleichheit in Sachen politischer Partizipation auszugleichen, ist die Einführung von Quoten. So haben die *Zivil-politische Konvergenz von Frauen* und *Molaj* einen Reformvorschlag formuliert, der das *Gesetz der Wahlen und Politischen Parteien* betrifft und im Moment diskutiert man den Artikel 212, der die Postulierung und Einschreibung von KandidatInnen betrifft.

Die Quoten, auch Massnahmen der positiven Aktion genannt, stellen einen Weg dar, um eine ausgeglichene Repräsentierung aller Personen zu erreichen, die Teil der politischen Szene sind.

Die Herausforderung der Ungleichheit

Guatemala ist noch immer eines der Länder der Welt, welches die grössten Ungleichheiten verzeichnet, insbesondere im Bezug auf die Gender-Differenzen.

Die Studie *Global Gender Gap Report 2007* nutzte eine Methodik, welche wirtschaftliche, rechtliche und soziale Aspekte der Genderungleichheit einbezieht und dabei vier Bereiche, in denen sich die Unterschiede zwischen Männern und Frauen hervorheben, gezielt analysiert:

- Wirtschaftliche Beteiligung und Möglichkeiten: Lohn, Niveau der Beteiligung, Zugang zu qualifizierten Arbeitsstellen.

- Akademische Erfolge : Zugang zu Grundausbildung und höherer Bildung.
- Politische Macht : Vertretung in entscheidungstreffenden Strukturen.
- Gesundheit und Überleben : Verhältnis zwischen Lebenserwartung und Geschlecht.

In diesen vier Bereichen muss die Frauenbewegung in Guatemala weiterhin ihre Forderungen durchsetzen, da sich dort in objektiver Weise die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern aufzeigen. Es reicht nicht zu sagen, dass in Guatemala offensichtlich Diskriminierung aufgrund des Geschlechts existiert. Es müssen Massnahmen ergriffen werden um die Gleichheit im öffentlichen und politischen Bereich zu erzielen!

Castresana: Den Unberührbaren zu nahe getreten

Der Rücktritt von Carlos Castresana als Leiter der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* CICIG und die Untersuchungen, die zur Verhaftung der intellektuell Verantwortlichen am Mord von Rodrigo Rosenberg führten, beweisen, dass Castresana den vermeintlich Unberührbaren zu nahe getreten ist. Im Rahmen dieser Verhaftungen wurde nämlich ein Plan aufgedeckt, mit dem die CICIG und ihr Leiter hätten sabotiert und diskreditiert werden sollen. Und er belegt einen engen Zusammenhang mit der Wahl des Generalstaatsanwaltes, gegen die sich Castresana vehement ausgesprochen hatte.

Verhaftungen im Fall Rosenberg

Am 7. Juni gab der Leiter der CICIG, Carlos Castresana, seinen Rücktritt bekannt (siehe ¡Fijáte! 462). Am 9. Juni wurden Mitglieder von renommierten guatemaltekischen Familien verhaftet bzw. Haftbefehle gegen sie ausgestellt. Verhaftet wurden Juan Miguel Fuxet Ciani und Nicolaid Julio Rodolfo Ibarra Figueredo, denen Verschleierung einer Straftat vorgeworfen wird. Beide werden verdächtigt, die Brüder José Estuardo und Francisco José Valdés Paiz gedeckt und begünstigt zu haben, welche als die intellektuellen Täter des Mordes an Anwalt Rosenberg gelten und flüchtig sind.

Belegt werden diese Vermutungen mit den Einträgen in der Agenda von Fuxet Ciani, die bei einer Hausdurchsuchung des *Laboratorio Lanquetín* gefunden wurde. Das *Laboratorio* gehört den Brüdern Valdés und Fuxet Ciani arbeitete dort als Buchprüfer. In der Agenda standen Sätze wie „Castresana hat Beweise gegen sie“, „Castresanas Geliebte“ und „Man muss seine Schwächen rausfinden, um ihm den Schwanz zu zerquetschen“. Ebenfalls stand dort „Die Richterin ist uns gut gesinnt, aber sie ist 100% Castresana und führt seine Befehle aus“. In der Agenda fanden sich auch Angaben über den Kauf von Geschenken für drei Anwälte, die sich zur Wahl als Generastaatanwalt stellten, unter anderem für Conrado Reyes, der später dann auch gewählt wurde.

Auch bei der Durchsuchung des Hauses von Alejandra Moreno Botrán de Valdés wurden Beweise für eine Konspiration gegen Castresana und die CICIG gefunden.

Bei der Bekanntgabe seines Rücktritts am 7. Juni erklärte Castresana, es gäbe eine Verleumdungskampagne gegen ihn, die von kriminellen Gruppen lanciert werde, welche die besten Kommunikations-Leute dafür angestellt haben.

Wer steckt hinter der Konspiration gegen Castresana

Einer der Verhafteten ist Nicolaid Julio Rodolfo Ibarra Figueredo, ein anerkannter PR-Mann, der früher in der Kommunikationsabteilung von Ex-Präsident Berger arbeitete und heute für die Öffentlichkeitsarbeit der oppositionellen *Partido Patriota* zuständig ist.

Unklar ist, ob auch das Radioprogramm „Hablando Claro“ des Journalisten und Anwalts Mario David García Teil der Konspiration gegen Castresana ist. García war jener Freund Rosenbergs, der ihm bei der Aufnahme des berühmten Videos half und dieses dann unter die Leute brachte. Er sprach in seiner Radiosendung eine Woche vor Castresanas Rücktritt zum ersten Mal über eine potentielle Geliebte und über Untersuchungen, welche die UNO gegen den CICIG-Mann führe. Castresana und die UNO verwehren sich gegen diese Behauptung.

Ein Haftbefehl ausgestellt wurde auch gegen Diego Moreno Botrán, den Bruder der obengenannten Alejandra und Bruder von José Manuel Moreno Botrán, dem ehemaligen Generaldirektor des Flughafens von Guatemala Stadt unter Oscar Berger, der später von Alvaro Colom entlassen wurde. Die Gebrüder Botrán gehörten zu der Delegation von 25 guatemaltekischen Geschäftsleuten, die im August 2009 nach Honduras reisten, um dem dortigen Putschpräsidenten Roberto Micheletti die Ehre zu erweisen und ihm ihre Unterstützung zu versichern. Die Moreno Botrán sind Cousins der Brüder Valdés.

Die Rolle des Generalstaatsanwalts und seiner Entourage

Die Person des Generalstaatsanwaltes ist für die Verdeckung des Falls Rosenberg, aber auch für die Straflosigkeit anderer korrupter und krimineller Verbrechen, eine Schlüsselperson. Entsprechend wichtig war es für klandestine Gruppen, eine Person ihres Vertrauens auf diesem Posten zu haben, und entsprechend weit gingen sie, dies auch zu erreichen. Castresana versuchte seit Beginn des Wahlprozederes den Finger darauf zu halten, dass die KandidatInnen ihre Finanzen und Beziehungen transparent machen müssten und sprach sich wiederholt gegen verschiedene KandidatInnen aus – darunter auch Conrado Reyes.

Castresana wies darauf hin, dass Reyes, einmal zum Generalstaatsanwalt ernannt, sofort jene Spezialabteilung der Staatsanwaltschaft, die eng mit der CICIG zusammenarbeitet, unter Kontrolle nahm. Er ordnete an, dass sämtliche Haft- und Durchsuchungsbefehle über seinen Schreibtisch zu laufen hätten, und wechselte einen Teil des Personals mit Leuten aus, die ihm loyal sind. So setzte er zum Beispiel Edna Barco wieder ein, die entlassen wurde, weil sie Informationen über ein Narco-Massaker in Zacapa durchsickern liess, oder Zoraida Samayoa, die Informationen im Fall des Ex-Staatsanwalts Alvaro Matus weitergab. Matus wurde im Zusammenhang mit der Ermordung von Víctor Rivera, dem ehemaligen Berater des Innenministers, abgesetzt.

Seine Sicherheit übergab Reyes an Osman Contreras und an Juan Roberto Garrido. Contreras ist ein Ex-Militär, der Carlos Quintanilla nahe steht, welcher wiederum für den bis heute unaufgeklärten Abhörskandal im Präsidentenpalast verantwortlich ist. Garrido wird des Drogenhandels bezichtigt und ist in den „Jahrhundert“-Diebstahl der 9 Millionen US-\$ im Flughafen La Aurora verwickelt. Dieser Überfall geschah im Jahr 2006, just als José Manuel Moreno Botrán Generaldirektor des Flughafens war. Garrido war damals Chef der Flughafensicherheit und wird von Castresana laut einem Bericht der Zeitung *Siglo XXI* auch mit dem Mord an José Manuel (Pepe) Méndez Dardon, dem Sohn des Menschenrechtsaktivisten Amilcar Méndez (siehe ¡Fijáte! 395 und 441) in Verbindung gebracht

Wie weiter?

Der Rücktritt von Carlos Castresana hat ein mittleres politisches Erdbeben ausgelöst. So sehr, dass sich das Verfassungsgericht gezwungen sah, den Generalstaatsanwalt sofort abzusetzen und den Wahlvorgang als ungültig zu erklären. Gleichzeitig versprach Colom der CICIG seine volle Unterstützung und erklärte öffentlich, dass er den Beweisen, die Castresana gegen Reyes vorgebracht hatte, voll und ganz traue. Derweil übernahmen die von Reyes abgesetzten Personen innerhalb der Staatsanwaltschaft wieder ihre Ämter. Zur Sicherheit wurde die Staatsanwaltschaft während dieser Übergangszeit in den Nächten von der Polizei bewacht, um zu verhindern, dass Dokumente verschwinden.

In dieser Situation der Unsicherheit und des Misstrauens, wurden drei Tage nach dem Rücktritt von Castresana, am Morgen des 10. Juni, an verschiedenen Orten in der Hauptstadt zerstückelte Menschen gefunden. Als erstes um 5 Uhr morgens ein Kopf auf der Treppe, die zum Kongress führt, danach im Verlauf von 5 Stunden weitere drei Köpfe und zwei Körper. Die ersten drei „Fundstücke“ trugen Botschaften auf sich, in denen die Sicherheitskräfte beschuldigt wurden. „Dies geschieht wegen der schlechten Behandlung der Gefangenen in den Gefängnissen. Wenn es so weitergeht, machen wir dafür den Innenminister und den Chef des Gefängniswesens verantwortlich“, hiess es auf einer der Botschaften.

Einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen diesen makabren Funden und dem Rücktritt von Castresana gibt es nicht. Aber es ist eine klare Botschaft von seiten jener, die sich der Straflosigkeit ihrer Verbrechen nach wie vor sicher sind und dies auch nochmals demonstrieren wollten.

Bis Redaktionsschluss war die Nachfolge von Castresana noch nicht bekannt.

Agatha: Soziale Organisationen in Guatemala, die vor Ort helfen

Guatemala Solidarity Network UK, 16. Juni 2010, Blog von Gillian H./CEG Semenal Der Sturm Agatha, die sintflutartigen Regenfälle und der gleichzeitige Ausbruch des Vulkans Pacaya haben einmal mehr gezeigt, dass Guatemala in einer tektonisch und klimatisch aktiven Zone liegt. Und einmal mehr bedurfte es einer (Natur-) Katastrophe, um Zentralamerika in die internationalen Nachrichten zu bringen.

Ebenfalls waren es einmal mehr die Ärmsten der Armen, die besonders hart getroffen wurden: die Ernte wurde durch die Asche vernichtet, die Häuser und kleinen Ländereien von den Wassermassen fortgespült und die Infrastruktur, die nach vorherigen Stürmen teilweise gerade erst wieder aufgebaut war, zerstört.

Die CONRED (Nationale Kommission zur Reduktion von Naturkatastrophen) verkündet in der guatemalteckischen Presse ihren Wiederaufbauplan, den sie gemeinsam mit dem Generalsekretariat für Planung SEGEPLAN umsetzen will: erste Priorität habe die humanitäre Hilfe, zweite die Reaktivierung der Wirtschaft,

die rurale Entwicklung und die Nahrungsmittelversorgung. Dritte Priorität liege bei den Anpassungsmassnahmen bezüglich des Klimawandels und die vierte in der institutionellen Förderung.

Für diese Ziele habe die Weltbank finanzielle Mittel in Höhe von 850 Millionen Quetzales (= 84,4 Mio. Euro bzw. 116,5 Mio. CHF) bereitgestellt. Präsident Colom erklärte, er gehe davon aus, dass der Wiederaufbau in den betroffenen Regionen fünf Jahre dauern würde. Derweil sind die jüngsten Opferzahlen auf 158 Tote, mehr als 100 Vermisste, 135.000 Evakuierte, über 20.000 beschädigte Häuser und 35 zerstörte Brücken gestiegen.

Was kann getan werden? Für Personen, die derzeit in Guatemala sind, gilt, dass sie direkt drei Organisationen unterstützen können, die vor allem in Sololá und Quiché arbeiten: das Comité Campesino Del Altiplano (CCDA), eine kommunale Organisation, die Notfallhilfe bereitstellt und die Hilfe in zehn Gemeinden koordiniert. Sie benötigt finanzielle Unterstützung, Nahrungsmittel, Wasser, Mobiltelefonkarten (TIGO), medizinische Helfer und Materialien.

Mehr Infos auf der website blog <http://accionescdda.blogspot.com>

Eine weitere soziale und auch politische Organisation ist die Asociación Civil Grupo Pro-Justicia Nueva Linda, die 2003 im Zuge der Landkonflikte um die Finca Nueva Linda und das Verschwinden des BäuerInnenführers Hector Reyes gegründet wurde und sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzt. Allein diese Gruppe hat durch Agatha Schäden in Höhe von 10.000 Dollar erlitten. Mehr Infos über http://www.nisgua.org/news_analysis/NuevaLindaAgatha.pdf.

Und schliesslich koordiniert die Guillermo Toriello-Stiftung (ursprünglich nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen für die Wiedereingliederung der KämpferInnen der URNG in ein ziviles Leben gegründet) die Notfallhilfe in den Gemeinden des westlichen Teils der Departments Sololá und Quiché und benötigt Geld und Sachspenden, die sie weiter verteilt. www.fgtoriello.org.gt

Engagiert Euch, liebe LeserInnen!
Beteiligt Euch an der Urgent Action von amnesty international!
Bitte bis spätestens 2. Juli 2010!

Die folgende Urgent Action ist wichtig vor dem Hintergrund, dass im Jahre 2009 16 GewerkschafterInnen umgebracht worden sind. Damit ist nach dem Jahresbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (CSI) Guatemala nach Kolumbien (48 ermordete GewerkschafterInnen) weltweit das Land, in dem GewerkschafterInnen am gefährlichsten leben.

AMNESTY INTERNATIONAL – URGENT ACTION UA-121/2010, Index: AMR 34/006/2010, 21. Mai 2010, GewerkschafterInnen bedroht

DELFINA VICENTE YAC, Gewerkschafterin
SILVIA TRUJILLO BENNETT, Rechtsberaterin
ALEJANDRO ARGUETA RAMÍREZ, Anwalt

Am 21. April 2010 wurde Delfina Vicente Yac, Geschäftsführerin der Gewerkschaft in der Textilfabrik in Guatemala-Stadt, in der sie arbeitet, in eine Besprechung mit einem Betriebsleiter gerufen. Dieser versuchte, Delfina Vicente Yac dazu zu bewegen, ihre Arbeit aufzugeben oder die Gewerkschaft zu verlassen, indem er ihr sagte: "Es ist besser, den Gewerkschaftsausschuss zu verlassen ... warum riskieren Sie dort Ihr Leben?" Er rief Delfina Vicente Yac am 22. April in eine weitere Besprechung, in der er sie erneut unter Druck setzte, damit sie ihre Arbeit aufgibt, und drohte ihr: "Ihr Leben ist in Gefahr ... wir werden Sie in Stücke reissen".

Guatemaltekkische Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften hielten am 12. Mai eine Pressekonferenz ab, auf der Delfina Vicente Yac öffentlich über den Druck berichtete, dem sie ausgesetzt ist, damit sie ihre Stelle aufgibt oder die Gewerkschaft verlässt. Alejandro Argueta Ramírez, ihr Anwalt, und Silvia Trujillo Bennett, die Delfina Vicente Yac rechtlich berät, waren auch anwesend. Am 13. Mai entdeckte Alejandro Argueta Ramírez beim Betreten der Kanzlei, dass eingebrochen wurde. Es wurden keine Wertsachen entwendet, aber eines der Laptops der Kanzlei, eine Festplatte und das Mobiltelefon von Alejandro Argueta Ramírez lagen auf seinem Schreibtisch. Die Gegenstände waren am Abend zuvor sicher weggeschlossen worden. Seit Ende Januar haben Alejandro Argueta Ramírez und Silvia Trujillo Bennett ungefähr 30 anonyme Telefonanrufe im Büro oder auf dem Handy von Silvia Trujillo Bennett erhalten. Die Anrufer fragen entweder nach unbekannt Personen oder legen wieder auf, wenn der Anruf entgegengenommen wird. Vor zwei Wochen erhielten sie ausserdem am frühen Morgen einen anonymen Anruf bei sich zu Hause. Berichten zufolge sind Alejandro Argueta Ramírez und Silvia Trujillo Bennett seit etwa Ende März mehrere Male auf dem Weg von der Arbeit nach Hause von Unbekannten verfolgt worden.

EMPFOHLENE AKTIONEN

Schreiben Sie bitte Faxe oder Luftpostbriefe

- Fordern Sie die Behörden auf, eine unabhängige, gründliche und unparteiische Untersuchung der Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen Delfina Vicente Yac, der Einschüchterung ihrer RechtsberaterInnen Alejandro Argueta Ramírez und Silvia Trujillo Bennett sowie des Einbruchs in deren Kanzlei einzuleiten, die Ergebnisse zu veröffentlichen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.
- Dringen Sie bei den Behörden darauf, in Absprache mit Delfina Vicente Yac, Alejandro Argueta Ramírez und Silvia Trujillo Bennett umgehend wirksame Massnahmen zum Schutz der Betroffenen zu ergreifen.

APPELLE AN

Generalstaatsanwaltschaft

Fiscal General interina María Mejía García, Fiscal General de la República y Jefe del Ministerio Público, 15^a Avenida 15-16, Zona 1, Barrio Gerona, Ciudad de Guatemala, GUATEMALA
(korrekte Anrede: Estimada Sra. Fiscal General/Dear Attorney General), Fax: (00 502) 2411 9124

Innenministerium

Lic. Carlos Menocal, Ministro de Gobernación, 6^a Avenida 13-71, Zona 1, Ciudad de Guatemala, GUATEMALA, (korrekte Anrede: Estimado Sr. Ministro/Dear Minister), Fax: (00 502) 2413 8658

KOPIEN AN

Menschenrechtsorganisation UDEFEGUA, 1 Calle 7-45, Zona 1, Oficina 2-b, Ciudad de Guatemala, GUATEMALA, Fax: (00 502) 2254 5840, E-Mail: udefegua@yahoo.com, udefegua@udefegua.org

Botschaft der Republik Guatemala

S.E. Herrn Gabriel Edgardo Aguilera Peralta, Joachim-Karnatz-Allee 45-47, 2. OG., 10557 Berlin
Fax: 030-2064 3659, E-Mail: embaguat.alemania@t-online.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Spanisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **2. Juli 2010** keine Appelle mehr zu verschicken.

Hijóle, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Der Staat spielt in der gegnerischen Equipe

Wir können zufrieden sein, denn zumindest haben wir verhindert, dass sich die Leute des organisierten Verbrechens einfach so in die Strukturen der Staatsanwaltschaft haben einschleusen können. Das ist doch fast so gut wie ein erfolgreicher Beginn der Fussballweltmeisterschaft ...

Aber so einfach ist es nicht, denn: wer kann genau die Trennlinie zwischen Staat und organisiertem Verbrechen definieren? Sind es nicht die höchsten staatlichen FunktionärInnen, die den neuen Staatsanwalt empfohlen haben? War es nicht das Torres-Colom-Gespann und die ihnen nahestehenden Abgeordneten, die sich trotz aller Warnungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der CICIG darauf versteift haben, diesen Reyes in die Staatsanwaltschaft zu setzen? Habt Ihr gesehen, wie der Herr Präsident sofort die Messer gewetzt und die Institutionalität verteidigt hat, als Castresana darauf verwies, dass der Gewählte mit dem organisierten Verbrechen verhandelt ist? Also: Wen genau haben wir als Gegner, das organisierte Verbrechen oder den Staat, der es verteidigt?

Ein paar Beispiele. Erstens: Am 20. Mai hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission schützende Massnahmen zugunsten der BürgerInnen der 18 indigenen Gemeinden in San Miguel Ixtahuacán und Sipakapa empfohlen und den Staat aufgefordert, die Lizenz von Goldcorp/Montana zu suspendieren. Ebenso wurde vom Staat gefordert, effektive Massnahmen zu ergreifen, um die Verschmutzung der Umwelt zu verhindern, den betroffenen AnrainerInnen den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu gewähren, ihre Gesundheitsprobleme zu behandeln und ihre physische Integrität zu garantieren. Ein Monat zuvor hat eine ExpertInnenkommission der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ebenfalls gefordert, die Arbeiten in dieser Mine zu suspendieren. Selbst das guatemalteckische Verfassungsgericht hat verlangt, die Arbeiten solange zu stoppen, bis die Rechtmässigkeit der bisher 400 im ganzen Land durchgeführten Volksbefragungen geklärt ist.

Es ist beschämend, dass internationale Instanzen intervenieren müssen, damit die guatemalteckische Regierung ihre BürgerInnen schützt. Aber noch tragischer ist, dass dem Herrn Präsidenten keine bessere Antwort einfällt als: „Man muss die Behauptungen der Interamerikanischen Kommission prüfen“ und „momentan gibt es keine Grundlage, die Aktivitäten der Mine Marlin zu suspendieren“. Was genau ist Ihre Hauptsorge, Herr Präsident?

Zweitens: Eine Studie der Universität Michigan (USA) von August 2009 belegt, dass der Gehalt an giftigen Metallen im Urin der AnrainerInnen der Mine erhöht ist (Prensa Libre 19.5.2010). Wenige Tage später, am 24. Mai, veröffentlichte das Gesundheitsministerium einen Bericht über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in dieser Region und kommt zum Schluss, dass die Hautirritationen, unter der die Leute leiden, völlig normale Krankheiten sind, die es im ganzen Land gibt. Am selben Tag veröffentlichte das Umwelt- und Minen-Ministerium die Resultate einer Untersuchung der Wasserquellen in den Gemeinden rund um die Mine und versicherte, dass die vorgefundenen Mineralien (ohne sie zu spezifizieren) im tolerierten internationalen Rahmen liegen. Beide Deklarationen sind dermassen vage, dass der Kongressabgeordnete Héctor Nuila verlangte, dass sie ein Minimum an Beweisen für diese Behauptungen nachliefern müssten. Was genau ist Ihre Hauptsorge, Damen und Herren Kongressabgeordnete?

Drittens: Hierzulande sind Gesundheitspersonal und LehrerInnen gegen die Schweinegrippe geimpft worden, ohne dass sie vorher informiert wurden und ohne Garantie, dass diese umstrittene Impfung etwas bringt. Wer sich wirklich für die Gesundheit seiner Leute interessiert, versucht doch, die zahlreichen und begründeten Vorbehalte abzuklären – zum Beispiel jene des Präsidenten der europäischen Gesundheitskommission, des deutschen Wolfgang Wodarg (www.rebellion.org vom 14.1.2010). Gesundheitsprofis können auch die Worte des Medizin-Nobelpreisträgers 2009, Jack W. Szotack, nicht einfach so wegstecken der sagte, dass die multinationalen Unternehmen dann in Gesundheit investieren, wenn es darum geht, neue Medikamente zu entwickeln, aber nicht dann, wenn es darum geht, Krankheiten zu heilen: „Die Industrie versucht, Krankheiten chronisch werden zu lassen und nicht, sie zu heilen, denn damit wäre ihr Geschäft ruiniert, weil niemand mehr Medikamente konsumieren würde“ (Jorge Rachid, Adital, 11.6.2010).

Es ist deprimierend zu wissen, dass 96 bis 98% der Verbrechen ungestraft bleiben. Und es ist noch viel deprimierender zu wissen, dass dies bloss ein Viertel aller Verbrechen ist und der ganze Rest nicht einmal angezeigt wird. Guatemala, das Paradies für Verbrechen. Es sind nicht nur die Nachrichten über das Scheitern des Staates, die uns die Laune verderben, sondern auch jene über den Zerfall der Gesellschaft, in der wir aktiv zu sein versuchen. Erinnern Sie sich an die vier abgeschnittenen Köpfe, die uns die Medien präsentierten, just am Tag nachdem Generalstaatsanwalt Reyes abgesetzt wurde?

Gescheiterter Staat? Ich bezweifle es. Denn dieser Staat scheitert überhaupt nicht bei seiner Unterstützung der multinationalen Diebe. Er scheitert auch nicht dabei, den Mafias der illegalen Adoptionen, des Menschen- oder des Drogenhandels Straffreiheit zu gewähren. In diesem Sinne funktioniert dieser Staat allerbestens. Er ist vorbildlich darin, BäuerInnenproteste zu unterdrücken. Vor zehn Tagen hat derselbe Staat, dessen Polizei nicht in der Lage ist, seine BürgerInnen vor bewaffneten Leuten zu schützen, wenn sie ihre Probleme mit der Anwesenheit eines Zementunternehmens publik machen, erfolgreich die entsprechenden Gemeinden mit einem Kontingent aufstandsbekämpfender PolizistInnen „befriedet“ (UDEFEQUA, Juni 2010). Man kann auch nicht von „scheitern“ sprechen, wenn die RichterInnen, die es nicht schaffen, die Verantwortlichen des Genozid zu verurteilen, in Minutenschnelle die Frauen von Sipakapa verurteilen, die sich gegen die Mine wehren.

Dieser Staat ist nicht gescheitert. Er weiss genau, was seine Arbeit ist. Es ist entmutigend zu wissen, an wie vielen Fronten das Volk kämpft – gegen wen eigentlich: gegen das organisierte Verbrechen oder gegen den Staat?

Dabei müssen wir uns im Klaren sein: dieser Staat ist nicht unser Staat. Er spielt nicht in unserer Equipe, er spielt mit den GegnerInnen. Und hier zeigt sich der Unterschied zwischen der partizipativen Demokratie, die in den ruralen Gemeinden verankert ist, und der repräsentativen Demokratie, die sie zwar Demokratie nennen, die aber nur dazu dient, den Staat zu legitimieren, der – in der gegnerischen Mannschaft spielt.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell